03. September 2009

Categories : Archiv

Deutschsprachige Nachrichten aus Panamá

Auf der Suche nach mehr Einnahmen

Die Regierung Martinelli hat auf der Suche nach mehr Staatseinnahmen ihr Augenmerk nun gerichtet auf die Goldförderung.

Konkret im Fadenkreuz steht die „Minera Petaquilla Gold“. Zwischen der Regierung und der Gesellschaft finden bereits Verhandlungen statt.

Die Regierung will im Ergebnis mehr erzielen als nur die 2%, die das gegenwärtige Recht postuliert. In Paraguay zahlen die Minen einen Anteil von 42%, in Perú müssen 50% der Investitionssumme als Garantie hinterlegt werden zur Abdeckung möglicher Umweltschäden.

Der Goldpreis liegt pro Feinunze derzeit bei USD 950, die Citibank etwa erwartet innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Preisanstieg auf USD 2.000. Die verantwortungslose Geldmengenpolitik der Industrienationen wird ein gigantisches Rad der Inflation in Gang setzen.

Es wird erwartet, dass in Petaquilla in den kommenden 10 Jahren eine Million Feinunzen gefördert werden. 23 Jahre lang hatte man die Förderung geplant gehabt in Donoso in der Provinz Colón. In den kommenden Monaten soll die Förderung starten, 300 Arbeitsplätze entstehen.

Genutzt wird eine Fläche von 100 Hektar. Der Minister für Handel und Industrie, Roberto Henríquez, erklärt, es ginge darum sicherzustellen, dass Belange des Umweltschutzes beachtet werden und gleichzeitig dem Staat eine gerechte Beteiligung an der Rendite verbleibt. Es wird davon ausgegangen, dass in Petaquilla 20 Jahre lang gearbeitet werden wird.

Der Präsident der Minenbetreiberin, Richard Fifer, erklärte, man strebe auch selbst eine gerechte und dauerhafte Lösung an. Sicher denkt er dabei aber auch an Schutz vor zu extremen Forderungen seitens der Umweltbehörde.

Staatshaushalt 2010

Alberto Vallarino, Minister für Wirtschaft und Finanzen, leitete Dienstag Abend den Entwurf des Staatshaushaltes an das Parlament.

Der Entwurf umfasst eine Summe von USD 10.279.900.000,00. Das sind USD 500 Millionen mehr als der Haushalt des laufenden Jahres 2009.

Der Entwurf geht für das Jahr 2010 aus von einem Wirtschaftswachstum von 3,5% und einer Inflationsrate von 3%. Die Arbeitslosigkeit wird taxiert auf 5%.

Zona Libre de Colón (ZLC)

Mittwoch wollte man in der ZLC den „Tag der Nachdenklichkeit“ abhalten, wie die ZLC-Unternehmen ihren faktischen Streik nannten. Die „Nachdenklichkeit“ wurde dann aber kurzfristig wieder abgesagt. Man macht dann doch lieber Geschäfte - und trifft sich zu einer Aussprache am Freitag im Präsidentenpalast.

Man protestiert dagegen, dass man ab Oktober wird Abgaben zu zahlen haben von insgesamt USD 106 Millionen statt zuvor USD 64 Millionen.

Man sieht sich benachteiligt im Vergleich mit dem neuen Projekt „Panamá Pacifico“ auf der alten Luftwaffenbasis von Howard.

Giovanni Ferrari, Präsident der Vereinigung der Unternehmen der ZLC, beklagt sich, dass man 28.000 Arbeitsplätze geschaffen habe.

Der staatliche Verwaltungschef der Zollfreizone, Leopoldo Benedetti, hält dem entgegen, dass die Relationen nicht srtimmten. Die ZLC beschäftige 28.000 Menschen und zahle an den Staat

bislang USD 64 Millionen. Der Kanal als Gegenbeispiel beschäftige auch immerhin 10.000 Personen und zahle an den Staat USD 800 Millionen.

Geheime Minisuite

Der Expräsident Pedro Miguel González Parlamentes in der Regierungszeit Torrijos verfügte im Abgeordnetenhaus über eine geheime Minisuite.

Niemand wusste davon. Es war verborgen hinter einem scheinbar stinknormalen Büroraum.

Pedro Miguel González erlitt bei den Wahlen am 3. Mai eine Niederlage. Er erklärt nun, die Suite diente nur seiner Erholung.

Warum aber so geheimnisvoll?

Zweiter Bildungsminister nicht in Haft

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Belgis Castro im Amt einer der vielen Bildungsminister in der Amtszeit von Torrijos ist Salvador Rodríguez nicht verhaftet worden.

Es geht um den Korruptionsfall der Verlegung hochmoderner Internetverkabelungen an zwei Universitäten und 22 Schulen in Colón zu einem weit überhöhten Preis zu Lasten des Etats des Bildungsministeriums.

Er wurde am Dienstag 6 Stunden in der Sache verhört bei der Fiscalía Tercera Anticorrupción. Auf Rat seines Anwaltes hatte er die Flucht nach vorn angetreten und von sich aus die Vernehmung beantragt, um zumindest einer Untersuchungshaft wie Castro zu entgehen.

Anklage erhoben wurde seitens der Staatsanwaltschaft aber trotzdem.